

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 5ten Monat besonders angenommen, im Uebrigem Sachsen u. Erzst. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Der Volksstaat

Er erscheint in Leipzig Mittwochs, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Wm. Sueders, 409 Maystr. Chicago, Ill. Peter Hah, S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volkerversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 87. Mittwoch, 29. Juli. 1874.

Die Parteipresse.

IV. *)

Wenn die Parteigenossen eines Orts oder eines Bezirks die Absicht hegen, sich ein Organ zu schaffen, so werden sie zunächst ein Comité einsetzen, das die Angelegenheit nach den in den früheren Artikeln aufgestellten Gesichtspunkten prüft. Man wird natürlich möglichst viele sachverständige, klarbildende Personen in das Comité wählen. Bezieht dasselbe die Vorfrage, d. h. findet dasselbe die einem Gutachten unterworfenen Idee durchführbar und nützlich, so geht es sofort daran, Vorschläge zur Verwirklichung auszuarbeiten. Man wird gut thun, dabei immer ein Blatt von einer bestimmten Größe ins Auge zu fassen und sich die Frage (A) stellen: Wie viel Abonnenten wird dasselbe haben müssen, um seine Kosten zu decken? Man erbitte sich von einigen unserer bereits bestehenden Blätter Kostenaufstellungen, mache jedoch auch selbst einen Anschlag nach den örtlichen Preisen. Dieser Anschlag muß für jedes Format, das im Comité in Vorschlag gebracht wird, besonders gemacht werden. Auf Grund dieses Materials entscheide sich das Comité für ein bestimmtes Format, wobei die älteren Lokalblätter als Beispiel dienen mögen, und wobei namentlich auf die Billigkeit, die ein Arbeiterblatt auszeichnen muß, auf die geringen Mittel, die der Sozialdemokrat zur Verfügung stehen, und auf die Nothwendigkeit, mit diesen geringen Mitteln die Existenz des Blattes möglichst lange zu sichern, Bedacht genommen werden muß.

Die Kosten eines in diesem Rahmen begrenzten Blattes sind so zu berechnen, wie wenn es einer fremden Druckerei in Arbeit gegeben würde. Trägt man aber weiter (B) das Blatt mit dem festgestellten Kostenpreis (den man unter Vorbehalt einer möglichen Steigerung der Arbeits- und Materialpreise zu normiren hat) als die erste permanente Arbeit einer zu gründenden Druckerei betrachtet werden. Es ergeben sich hieraus folgende Fragen: 1) Welches Minimum von Druckeinrichtungen ist erforderlich, um das fragliche Blatt pünktlich herzustellen? 2) Hat die Druckerei Aussicht auf Nebenverdienst? 3) Mit welchem Minimum von Mitteln kann die Druckerei in den Stand gesetzt werden, diese Nebenarbeiten auszuführen?

In Bezug auf diese Punkte werden ähnlich wie bei der Frage A und nöthigenfalls auch bei der Vorfrage, auswärts und am Orte Erkundigungen einzuziehen sein. Falls ein Mitglied des jeweiligen Parteiausschusses sich gerade in diesen Dingen auskennt, was nach der demokratischen Art, in der wir, durch frühere Ereignisse belehrt, unsere Parteileitung wählen oder vielmehr wählen lassen, nicht immer der Fall zu sein braucht), so wird es besonders gut sein, sich auch dort Rath zu holen. Wir werden auf diesen Punkt später noch zurückkommen.

Hat sich das Comité, resp. die Mehrheit desselben, über bestimmte Vorschläge und über die dazu nöthigen Geldmittel sowie über die Art der Aufbringung derselben geeinigt, so erstattet es seinen Auftraggebern Bericht. Die volle Oeffentlichkeit ist dabei nothwendig. Geheimthumerei hat uns von jeher nur geschadet. Auch wenn die Meinung des Comité's eine getheilte ist, kann es nichts schaden, daß das Für und Wider der verschiedenen Pläne offen besprochen wird, nur muß man sich, um Uneinigkeit zu vermeiden, streng an die Sache halten und Nebenfragen wie Personenfragen vorläufig noch ganz bei Seite lassen. Solche Fragen sind z. B.: wie das Blatt heißen soll, wer es redigiren, wer Geschäftsleiter sein wird, ob das Blatt diese oder jene Rubrik von Mittheilungen bringen soll oder nicht u. dgl. mehr.

Wenn die Versammlung den Vorschlag, resp. einen der gewählten Vorschläge, angenommen hat, so schreibt das Comité (oder ein neu gewähltes) zur praktischen Ausführung. Dieselbe muß den umgekehrten Weg gehen von dem, der bei der Aufstellung des Plans befolgt wurde: zuerst müssen nämlich die Geldmittel gesichert werden, ehe an die Einrichtung gegangen werden darf. Das Comité legt in einem Aufruf an die Parteigenossen die Nothwendigkeit und den Zweck des Unternehmens dar. Dieser Aufruf, an den sich eine Liste zu Abonnementszeichnungen anschließt, muß in Cirkulation gesetzt werden. Die Listen gehen an das Comité zurück und müssen sorgfältig revidirt werden. Jeder Sammler ist für die Zuverlässigkeit seiner Liste verantwortlich. Ist das erwartete Minimum von Abonnements eingegangen, so wird auf Grund desselben leichter der für das Unternehmen nöthige Fond zu beschaffen sein, als ohne solche Unterlage. Ist das Minimum dagegen nicht erreicht worden, nun, so zeige man den Parteigenossen an und wiederhole seine Bemühungen oder verzichte sich. Wir wollen indeß den günstigen Fall annehmen und etwas über die Geldbeschaffung bemerken, die begreiflicherweise sehr häufig mit der Eigenthumsfrage zusammenhängt.

Collectiveigenthum im Sinne unseres Parteiprogramms, d. h. Eigenthum des communistischen Staats, können unsere Parteigenossen nicht sein, weil ein solcher Staat nicht existirt; ebensovienig aber auch Collectiveigenthum im populären Sinne, d. h. communisches Eigenthum aller Parteigenossen, und zwar aus zwei Hauptgründen: 1) weil der Begriff der Parteimitgliedschaft wohl politisch, aber nicht juristisch festzustellen ist, mithin Anwendung unseres Eigenthums ebenso häufig vorkommen würde, als die Ausübung berechtigter Miteigenthümer; 2) weil innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft mit den ihr eigenthümlichen Einrichtungen und Gewohnheiten eine communistische Organisation nicht lebensfähig ist; nur die ganze bürgerliche Gesellschaft selbst wird, wenn

sie ihre „Civilisation“ bis zur Grenze der Möglichkeit oder der Geduld entwickelt haben wird, in die „Uncultur“ des Communismus übergehen, aber bis dahin zwingt sie Allem, was in ihr weichen will, sei es auch, um ihr Opposition zu machen, ihre Bedingungen auf. Die Form, unter der heutzutage Unternehmungen gemeinsam ausgebeutet werden, ist die Aktiengesellschaft. Nebenbei ist den Arbeitern und Kleinbürgern, gleichsam als schwächeres Abbild dieses Ideals, die eingetragene Genossenschaft zugewiesen worden. Die letztere dürfte wohl in den meisten Fällen die geeignetste Form sein, um auf der einen Seite die materiellen Interessen des Unternehmens zu fördern, auf der andern das Parteiinteresse zu sichern. Die Genossenschaft kann Eigenthum besitzen und erwerben, sich vor Gericht vertreten lassen und einem oder mehreren haftbaren Gesellschaftern die Führung ihrer Angelegenheiten übertragen, ohne daß dadurch die Partei aushöret, ihren Einfluß auf das Blatt auszuüben; vielmehr gestattet gerade die Zerlegung des Genossenschaftsvermögens in kleine Antheile die Theilnahme möglichst vieler Parteigenossen an demselben. Die näheren Einzelheiten und die dabei sich ergebenden Fragen, z. B. ob Gewerkschaften als solche Inhaber von Antheilscheinen sein können, oder ob der Antheilschein auf den jeweiligen Vorsitzenden der Gewerkschaft auszufertigen ist, bleibt den Sachverständigen vorbehalten, sowie überhaupt die ganze rechtliche Organisation des Unternehmens nicht ohne den Beirath und die Mitwirkung eines tüchtigen Juristen festgestellt werden darf. Man scheue ja in diesem Punkte die gesetzlichen Formalitäten und Kosten nicht. Ueberhaupt braucht auch noch während des Betriebs der Zeitung sowohl die Redaction als die Verwaltung fortwährend des juristischen Rathes und Beistands, die eine wegen der gegen unsere Partei und ihre Wortführer gerichteten Verfolgungen, die andere wegen sonstiger mannigfachen Schwierigkeiten. Wo also nicht ein rechtskundiger und großmüthiger Parteigenosse oder wenigstens Parteifreund zur Seite steht (wie dies indeß bisher glücklicherweise bei allen unseren Organen der Fall gewesen ist), da dürfen ohne Weiteres einige Hundert Mark für Rechtsbeistand auf den jährlichen Etat gesetzt werden.

Wir kommen nunmehr auf die Redaktionsfrage, die bereits früher schon im „Volksstaat“ berührt worden ist, und im Anschluß an dieselbe auf das Verhältniß der Parteileitung zu den Lokalblättern zu sprechen.

Politische Uebersicht.

— Trogdem der als „Mitschuldiger“ beim Rißinger „Attentat“ gefänglich eingezogene Pfarrer Hauthaler längst schon wieder in Freiheit gesetzt ist, weil er seine Unschuld völlig nachzuweisen vermochte, dauert der Beitritt in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ noch fort. Agardi scheint toll geworden zu sein. In Nr. 167 des Bismarck'schen Volksblattes zeter er:

„Herr Sonnemann und seine „Frankfurter Zeitung“ fungiren gemeinhin als Handlanger des Ultramontanismus.“

Nachdem er so seine Detektiv-Pflicht an Sonnemann verrichtet, kommt er zu uns und brüllt uns an:

„Der Redacteur der „Chemnitzer freien Presse“, Hr. Vahlreich, ist ein Sozialdemokrat und steht gleichzeitig unter jesuitischem Einfluß“, und als „Krönung des Gebäudes“ bringt er noch ein Altentstück, das haarstark nachweist, daß die Sozialdemokraten auch an dem „Attentat“ schuld sind:

„Mit dem Poststempel „Hannover“ (ohne Datirung) ist u. A. auch das folgende an den Reichskanzler gerichtete Schreiben eingegangen:

„Unser Magistrat und Schöffencollegium haben Sie eine Adresse gesandt, zum Glückwunsch, daß Sie die Kugel nicht getroffen hat. Damit Sie man nicht glauben, daß das wahre Stimmung so ist, sage ich Ihnen, daß tausende wünschen, daß die Kugel besser getroffen hätte, vor Ihre vielen Verbrechen, die Sie verübt haben.“

Einer für Viele und Sozial-Demokrat.“

Der „Frankf. Beob.“ bemerkt zu diesem „Brieft“, sowie zu einem ähnlichen, der aus Salzburg gekommen sein soll:

„Damit Sie man nicht glauben,“ daß dieser Brief das einzige Exemplar seiner Art sei, vergleiche man den gestern mitgetheilten Drohbrief „mit dem Poststempel Salzburg“, welcher nicht im Namen der Sozialdemokraten, sondern im Namen „aller römisch-katholischen Christen“ geschrieben war, und abgesehen von diesem kleinen Unterschied, nach Styl, Orthographie und Formel der anonymen Unterschrift dem obigen Drohbrief so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern. Merkwürdig bleibt es in der That, und Herr Staatsanwalt Tessenoff wird darauf gewiß sein Augenmerk richten, daß die anonymen Worterle, der eine in Hannover, der andere in Salzburg schreibend, dennoch mit so auffällender Uebereinstimmung desselben edlen Schriftzuges sich befleißigen, wie er beispielsweise in den „Berliner Wespen“ allsamtlich unter der Rubrik „Auzust-Album“ dem Publikum entgegenlacht.“

Soll uns freuen, wenn die „Mädchen für Alles“ im Preßbureau von Herrn Stettenheim und seinen „Wespen“ etwas gelernt haben!

Uebrigens ist Methode in diesem Wahnsinn der Bismarck-Stieber'schen Preß- und Polizeimeute. Außer zu einer Razzia gegen die „Schwarze und rolke Internationale“ soll die reichskanzlerische

Papierpfropfen-Streifwunde auch zu einem Ansturm gegen die Citadelle des „Partikularismus“, die bayerischen Reservatrechte (gewisse Rechte, in Bezug auf Militärwesen, Postverwaltung u., welche sich Bayern vorbehalten hat) ausgebeutet werden. Darum eine systematische Verächtlichmachung der bayerischen Richter, die sich, trotz Tessenoff's Anwesenheit nicht zur Höhe der weltberühmten „Berliner Richter“ emporschwingen können und die partikularistische Naivität haben, lieber der frommen Verschwörungslüge unserer reichstreuen Staats- und Gesellschaftsretter einen, freilich tödtlichen, Stoß zu versetzen, als einen unschuldig Angeklagten auf unbestimmte Zeit im Gefängniß zu halten. Darum eine systematische Verächtlichmachung der bayrischen Post. Man denke: Stieber klagt die bayrische Post an — der Briefstieberei. Und das ist kein Scherz. Die Berliner offiziöse „Post“ schreibt: „Dem Vernehmen nach ist es Thatsache, daß Briefkasten, welche aus Riffingen unmittelbar nach dem Attentat im Auftrage des Reichskanzlers hierher expedirt worden, in auffälliger Weise verspätet und das eine Schreiben mit verlegtem Siegel hier eingegangen ist. Die in dieser Veranlassung eingeleitete Untersuchung ist im vollen Gange.“

Und in einer spätern Notiz wird dies von dem halbamtlichen Organ der preuß. Regierung wie folgt erläutert: „Wir haben der Reichspost nichts zur Last gelegt, sondern die Vorgänge, welche wir im Auge hatten, haben sich außerhalb des Gebiets derselben, welches befanntlich nicht das ganze Deutschland umfaßt, zugetragen.“ Was ein Wink mit dem Schennthor nach Bayern hin ist. Warum umfaßt aber auch die Reichspost nicht ganz Deutschland? Dann hätten wir doch die Einheit der — Briefstieberei. Eine Reichspost und Ein Reichstieber!

Wir empfehlen unseren Kulturkämpfern diese neue Devise. Die alten sind doch nachgerade etwas abgedroschen.

„Als der sozial-demokratische „Volksstaat“, bemerkt der „Frankfurter Beobachter“, in Leipzig einmal etwas Ähnliches mit Bezug auf die postalische Behandlung der Correspondenzen der Herren Liebknecht und Bebel behauptet hatte, wurde er mors solito (nach gewohnter Weise) unter Anklage gestellt, in erster Instanz verurtheilt, in zweiter Instanz aber nach eingehender Verhandlung freigesprochen. Wie merkwürdig nun, daß ein regierungsfreundliches Blatt jetzt ganz ähnliche Anklagen gegen die Post erhebt.“

Weniger „merkwürdig“ als anmaßant. Die Briefstieberei von Stieber dennuzirt! — Das ist so unwiderstehlich komisch, daß wir dem Schutengel Bismarck's die falschen Aktenstücke, die er im Kölner Kommunistenprozeß produziert, und die falsche Pistolenkugel, die er in Riffingen nicht produziert hat, beinahe verzeihen könnten.

— Zur neuesten Westermilliade schreibt man uns: „Berlin, 21. Juli.“

In Angelegenheit der „Kullmann-Affaire“ liegen ganz bestimmte Anhaltspunkte vor, die schon jetzt zu einem ziemlich sicheren Urtheil befähigen.

Zunächst betrachte man das in unserem Land der Tugend und der frommen Sitte angewandte Vorgehen des Herrn Tessenoff gegen die sozialdemokratischen Vereine, verbunden mit Hausdurchungen, wo nur denkbar; dieses Verfahren berechtigt zur Annahme, daß man besonderes Augenmerk auf Vereine richtet.

Das in dem gegenwärtigen Kulturkampf die katholischen Vereine eine bedeutende Rolle spielen, sieht wohl Jeder ein, denn diese sind es in erster Linie, welche das Volk immer wieder einzuereichern; gegen die Vereine also mit Energie vorgegangen muß für unsere Kulturkämpfer von besonderer Wichtigkeit sein und da sich mit Knalleffect so etwas immer am besten arrangirt, so ist eben das Schießen das Einfachste; und eine hierzu geeignete Person zu finden, kann doch wohl Herrn Stieber nicht schwer fallen?

Kullmann ist unserer hiesigen Polizei aus der bekannten Charlottenburger Messerstickerei als Katholik und als jähzorniger Mensch wohl bekannt, der ja auf dem Gebiete der Morderei schon verschiedenes geleistet hat. Wenn nun also Bismarck einen Schuß braucht, um event. eine Cabinettsordre gegen die katholischen Vereine zu erzwingen, welche dann selbstredend sofort auf die sozialdemokratischen mit ausgebeutet wird, so liegt der Gedanke bei ruhiger Betrachtung der Sachlage ziemlich nahe, daß man bei der bekannten Ehrlichkeit eines Gehilfen Stiebers mit heidenmäßig viel Geld versteht und daß dieser dann vielleicht als verkappter Pflaße oder mindestens als Katholik, entrüstet über die Kirchengesetze, den Freund R. für solche kleine Extra-Tour zu gewinnen sucht und dann verduftet.

Nach den bis jetzt gemachten Aussagen des R. ist diese Annahme wohl möglich, denn seine Aussage bestätigt, daß er durch Andere engagirt worden, über die er allerdings bis jetzt geschwiegen hat; es wird ihm auch wohl nicht leicht werden, hierüber Bestimmteres auszusagen, da er event. den Betreffenden auch nicht näher kennen wird.

Man betrachte ferner: An demselben Tage, an welchem der deutsche Kaiser Gast des Königs von Bayern ist, muß dieser in seinem Lande den Nordverfuch auf den Liebling des Kaisers erleben und zwar durch einen Katholiken, der, wie in den zwei Depeschen fälschlich angegeben wurde, Mitglied eines katholischen Vereins ist, ein Unthun, welches den jugendlichen König zum strammeren Vorgehen gegen die Ultramontanen und deren Vereine zu veranlassen sehr geeignet ist.

Ferner und das ist wesentlich, betrachte man den Verlauf des Schusses. Bismarck erwidert militärisch grüßend mit der Hand an der Wäge den Gruß des Herrn Bellachini; in diesem Augenblick fällt der Schuß und trifft den Fürsten in die volle Waud der hohlen Hand; der Schuß gleitet ab und streift zwei

*) Nicht zeitig genug eingetroffen, um noch vor dem Congreß veröffentlicht werden zu können. N. d. B.

*) Detektiv, vom englischen Detective, ein Geheimpolizistbeter zur Entdeckung von Verbrechen; Spigel.

Finger, welche er verwundet. Man betrachte man ferner die verschiedenen Berichte über die Ladung des Pistols. Zuerst hieß es, es war mit einer Kugel geladen, dann waren es drei Kugeln hintereinander, und zuletzt wurden es Repposten.

Man denke man sich: ein Schuß, mit welcher der drei Ladungen man wolle, geht in die volle hohle Hand, rückt ab und streift nur die Haut zweier Finger. Ich bin nicht Thomas, habe an mir auch niemals einen derartigen Versuch gemacht, um die Unmöglichkeit der behaupteten Abrutschung beweisen zu können, aber das sieht mit mir wohl Jeder ein, daß eine Kugel oder ein Posten auf dieser kurzen Distanz die Hand hätte unbedingt zerschmettern müssen. Bismarck's Andras nach gefallenem Schuß mit dem Hingehen auf die Maus: „Hier sitzt die Kugel“, hat sich nicht bestätigt und hat man bis jetzt überhaupt keine Kugel gefunden; es ist also jedenfalls nur der der Ladung vorgelegte Pfropfen gewesen, welche den Fürsten traf und die Finger streifte.

Wäre überhaupt eine Kugel mit dabei gewesen, die, nicht getroffen, doch in der Gegend des Attentats sich vorfinden müßte, so würden die Engländer sicher für Erwerbung dieser Kugel Tausende ausgegeben haben, ein Umstand, welcher jedenfalls zum ernstlichen Nachsuchen nach der betreffenden Kugel veranlaßt haben wird, und dann stelle man sich das Geschrei vor, welches das Auffinden der Kugel hervorgerufen haben würde.“

Kurz, man wird zu der Schlussfolgerung gedrängt: Das Pistol enthält keine Kugel, sondern nur blinde Ladung, also auch blinder Schuß. Daß R. persönlich mit der unterschiedenen Absicht umgegangen ist, den Fürsten zu tödten, wird Niemand (?) bezweifeln; wenn er aber aus eigenem Antriebe, oder veranlaßt hierzu von Leuten, die dem Fürsten ernstlich nach dem Leben trachteten, den Mordversuch gemacht hätte, würde er schwerlich eine alte verrostete Pistole hierzu genommen haben und würde er unbedingt, wenn er die Waffe selber geladen hätte, auch Blei mit hineingeladen haben, so daß der Schuß hätte niemals ohne Wirkung bleiben können. Die Möglichkeit also, daß, natürlich von einem reichstreuen Freund des Kulturkampfes, zuerst der p. Kullmann für die That präpariert und ihm dann das blind geladene Pistol in die Hand gegeben wurde, ist, wie alle Möglichkeiten, nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern liegt nach obigen Ausführungen sehr nahe.

So vorbereitet liegt natürlich der Kulturkämpfer seinen Simpel darauf loszugeschießen in der Ueberzeugung, daß der Schuß da schon sitzen wird, wo er sitzen soll! —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erwiderte bereits der „Germania“, nachdem festgestellt war, daß R. nicht Mitglied von Vereinen ist (was in der zweiten Depesche bestimmt behauptet wurde und sofort die Tendenz verräth) und daß kein Priester direkt bei der Affaire betheiligt war, daß dann die Pfaffen insgesamt hieran Schuld seien und es beweisen bereits die täglichen Hauskuchungen bei allen Vorständen katholischer Vereine, was der Schuß beabsichtigte.

Daß man den R. nicht auch gleich mit zum Petroleur machte, und so ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Schwarzen auf Neue zu beweisen suchte, um das Vorgehen gegen sozialdemokratische Vereine gleich mit zu vereinigen, wundert mich bis jetzt, und wird wahrscheinlich die bald zu erscheinende Cabinetsordre hierüber Bestimmteres mittheilen.“

So weit unser Correspondent, dessen Ausführungen durch den Umstand, daß auch Freund Tessendorf nach Riffingen geeilt ist, verstärkte Kraft gewinnen. Hierher gehört auch, daß der „Bierzigttausendthalerfonds“, welcher vom Ministerium des Innern zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei verwandt wird, nach einer Mittheilung der „Westphälischen Zeitung“ in diesem Jahre zu einem förmlichen Badereisen- und Vergnügungsgeldfonds geworden ist. Wir können natürlich nicht wissen, wie viele Myrindonen des Herrn Stieber in Bäder und an andre geeignete Orte geschickt worden sind, wir wissen aber, daß die Zahl Legion sein könnte, ferner hinter dem „Bierzigttausendthalerfonds“ noch ein ähnlicher Fonds im Staatsministerium und — der gewaltige Reptilienfonds sich befinden. Was wir ferner wissen, ist, daß sich die neueste Westermilliade für den hundertsten Theil des „Bierzigttausendthalerfonds“ allein weit besser hätte anordnen lassen, als sie in Wirklichkeit angefallen ist.

Herr Stieber hat zu viel Häuser und Fett angefetzt, — was der Hirnbildung nachtheilig — und ist stumpf geworden. Auch in den Jahren seiner strebsamen Jugend hatte er die Eigenschaft, jedesmal reinzufallen (das Pech ist eine Eigenschaft, sagte schon der alte Napoleon), aber er führte seine Coups (Streiche) wenigstens nicht so plump aus, daß er sofort abgefaßt werden mußte und sicherte sich eine längere Valgenfrist des „Erfolgs“, die er in der bekannten Weise ausnützte, bis der unvermeidliche Kladderadatsch nicht länger hinauszuschleichen war. Siehe den Kölner Communistenprozeß. Aber diese „Kullmann-Affaire“ — wie tölpelhaft arrangiert! Wahrhaftig noch unster der ersten Westermilliade! Der grüne Reuling hätte es besser gemacht. Wie in aller Welt konnte Hr. Stieber z. B. so gedankenlos sein, nicht für eine abgeplattete Kugel zu sorgen, die andern Tags an passendem Ort gefunden ward? Ein Viertelloth Blei — und das Attentat war gelungen! Und jetzt — Alles futsch! Bismarck, der „Eiserne“, umsonst ins Bodschorn gejagt, umsonst mit tausend Reptilienkraft gelogen, gelogen, gelogen. Alles umsonst, weil Herr Stieber, der doch rechtzeitig in Riffingen war (wie seine indistretten Reptilienfreunde ausgeplaudert); Alles umsonst, weil Herr Stieber vergessen hat, daß zu einem Pistolen-Attentat eine Kugel gehört! Wird man den Mann nicht bald pensioniren? Indes, Kugel hin, Kugel her, — unser Berliner Correspondent hatte ganz recht: „der Schuß sitzt, wo er sitzen sollte“ — die katholischen Vereine in Berlin sind bereits aufgelöst, anderen Vereinen wird's ebenfalls an den Krage gehen und eine Preßordonnanz ist ernstlich in Arbeit! Der Schuß hat also getroffen, — obgleich Hr. Stieber die Kugel vergessen. Beiläufig ein größeres Wunder, als das der Louise Lateau.

— Arbeiterelend. Der Berliner „Volkzeitung“ schreibt man aus Medlenburg:

„Bülow (Medlenburg), 20. Juli. Wir sind selten in der Lage, eine erfreuliche Nachricht aus unserem Medlenburg melden zu können, um so mehr freut es uns, eine solche einmal zu berichten, welche zugleich Zeugnis davon ablegt, daß gewisse Gesellschaftsklassen dem Fortschritt der Zeit sich nicht verschließen. Vor wenigen Tagen tagte nämlich hier der Verein medlenburgischer Forstwirthe und beschäftigte sich in Folge des großen Mangels an Arbeitern auch mit der sozialen Frage. Der Referent führte sehr treffend aus, daß der Grund dieses Mangels darin zu suchen sei, daß die Arbeitslöhne für die Forstarbeiter in letzter

Da haben die Engländer das Geschäft verpaßt, denn jede andere Kugel, dort gefunden, hätte dasselbe getan, und welches Geschäft hätte hierin gelegen. Note des Corr.

Zeit nicht verhältnißmäßig erhöht worden wären. In voll-reichen Städten und auch sonst sei bei leichter Arbeit ein lohnenderer Verdienst zu finden. Ein anderer Grund sei, daß bisher für das Alter der ständigen Forstarbeiter nicht gesorgt worden sei. Etwas erübrigen hätten nur Vereinzelte können, die Mehrzahl sei in ihren alten Tagen auf das Gaubrot ihrer Kinder oder die Armenkasse angewiesen. Dem Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen, müsse man zunächst den Lohn erhöhen. Letzterer müsse so beschaffen sein, daß der tüchtige Mann nicht hoch die nothwendigsten Bedürfnisse damit decken, sondern auch Etwas fürs Alter zurücklegen könne. Man müsse ferner versuchen, die Leute vielleicht, mit Ausnahme der Erntezeit, das ganze Jahr hindurch im Forste zu beschäftigen. Für die Kranken und Arbeitsunfähigen müßten Unterstüßungskassen eingerichtet werden. Geld, viel Geld würden diese Anordnungen kosten, aber ohne dieselben würde der Arbeitermangel immer größer und der schließliche Schaden ein immer bedenklicherer werden. — Das Referat fand allgemeine Billigung. Bemerkte wurde noch, daß den Leuten hier geboten werden müsse, was sie in Amerika sahen: eine Stelle zum Anbau, ein Grundeigenthum. — Wären unsere großen Fabrikanten von den gleichen Gedanken besetzt, dann würde die Sozialdemokratie bald keinen Boden mehr hier finden.“

„Dem Einzelnen ein Grundeigenthum bieten“ — das wäre also, was man sonst gewöhnlich den Sozialdemokraten vorwirft, nämlich die Absicht, Grund und Boden zu „theilen“. Aber wo soll denn das „Grundeigenthum“ herkommen? Werden es die „humanen“ Forstwirthe, die, wie der Correspondent selbst eingesteht, die Forstarbeiter so sehr ausgefaßt haben, daß diese im Alter auf das Armenhaus angewiesen sind, werden diese Herren plötzlich von menschlichen Gefühlen so weit getrieben werden, daß sie jedem Arbeiter ein Stück Grundeigenthum abtreten werden?

Das ist doch wohl kaum zu erwarten! Oder wollen sie das „Grundeigenthum“ gegen allmonatliche Abzahlungen abgeben, etwa wie es die Fabrikanten in den Städten bei den Arbeiterwohnungen thun? Es heißt aber ausdrücklich, daß nur Vereinzelte hätten „etwas erübrigen“ können. Also geht auch das nicht wohl an. Und aus dem bloßen „humanen“ Geschwäg eines Kapitalisten schlägt der Mann der „Volkzeitung“ schon soviel Kapital, daß er seine Medlenburger Forstwirthe den städtischen Fabrikanten als Muster empfiehlt. Die Klassen bringen bekanntlich auch den „Arbeitgebern“ nicht geringe Vortheile, wenn die Verwaltung in deren Hände gelegt wird, was selbstverständlich, sobald die „Arbeitsgeber“ die Klassen selbst gründen. Somit ist auch diese letztere Art von „Humanität“ erklüchelt. — Und was wäre schließlich erreicht, wenn die Arbeiter sich ein Stück „Grundeigenthum“ mittelst fünfzehn bis zwanzig Jahre dauernden Abschlagszahlungen mühsam erarbeiten dürften? Daß sie ganz gefachtet wären wie die Fabrikarbeiter, welche sich „Arbeiterwohnungen“ erwerben wollen. Müßt sich der Arbeiter, so jagt ihn der „Arbeitgeber“ fort und er kann die Hütte oder das „Grundeigenthum“, worauf er so und so viel Abschlagszahlung geleistet, im Stiche lassen, oder d'rin verhungern, wenn er nicht hinauszugeworfen wird. Man braucht gar nicht besonders scharfsinnig zu sein, um an der „Humanität“ unserer Herren Bourgeois sofort den Pferdesatz zu entdecken, welcher niemals fehlt. Der Arbeiter, der auf eine „Arbeiterwohnung“ oder auf ein „Grundeigenthum“ angezahlt hat, ist dem Kapitalisten versallen, ohne sich rühren zu können, wenn er seine Ersparnisse nicht zum Fenster hinausgeworfen haben will.

Indem der Correspondent der „Volkzeitung“ wünscht, daß die Fabrikanten von der nämlichen „Humanität“ besetzt werden möchten, wie seine Forstwirthe, weil dann die Sozialdemokratie verschwinden würde, beweist der Biedermann aus Medlenburg, daß er von unseren industriellen Zuständen auch nicht die blasse Ahnung hat. Die städtischen Fabrikanten haben ja bekanntlich kein „neues“ Rezept gegen die Sozialdemokratie schon längst angewendet; Tausende von industriellen Arbeitern besitzen „Arbeiterwohnungen“ und die Sozialdemokratie florirt frisch und fröhlich unter ihnen. Die Sache ist also nicht so neu, wie der Medlenburger glaubt. Und auch die „Volkzeitung“, deren Redactoren mit den Gewertereinern so viel verkehren, weiß nicht, daß unsere Fabrikanten bereits Arbeiterwohnungen gebaut haben, daß also der Vorwurf, den ihnen der Medlenburger macht, ein ganz unbegründeter ist! Auf diese Art von „Humanität“ haben sich die praktischen Fabrikanten längst verlegt, bevor der Medlenburger mit seinen weisen Rathschlägen kam.

Wenn auf einer Bourgeoisversammlung ein paar „humane“ Phrasen gemacht werden, werden sie von der diebstahlgewissen Presse zu einem „Zeichen der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ aufgepufft und die schwindelhaftesten Folgerungen daran geknüpft. Wann aber die Arbeiter gerechte Forderungen stellen, dann werden letztere von derselben Presse todtschwiegen oder als „revolutionär“ dem Staatsanwalt denunziert. Alles „für des Volkes Wohl“, sagen die Herren Bernstein, Dander und Nathan Schlefinger!

— Professor Biedermann antwortet uns (in Nr. 165 der „D. A. Z.“), daß er dem Inhalte nach „dasselbe“ (was in jenem von uns „aufgehöberten“ Album gesagt ist) „und viel ausführlicher 1846 und 1847 theils in einer Reihe von Artikeln über Sozialismus und Communismus in seiner Vierteljahresschrift „Unsere Gegenwart und Zukunft“, theils in seinen „Vorlesungen über Sozialismus und soziale Fragen“ ausgesprochen“ habe. „Aus allen diesen Aussagen geht hervor“ sagt Professor Biedermann, der auch dieses Mal in der 3. Person von sich spricht, „daß Prof. Biedermann nicht von vornherein mit blindem Vorurtheil an die soziale Frage herangeht, vielmehr sich alle Mätze gegeben hat, dieselbe unbedingt zu studiren und jeden Vorschlag zu ihrer Lösung gründlich zu würdigen. Kann er dafür, wenn die Vorschläge, die der „Volkstaat“ und seinesgleichen machen, ihm so unannehmbar und irrationell erscheinen, daß er sich mit ihnen nicht zu befreunden vermag?“ — Wir gestehen, daß uns Herr Biedermann durch seine Offenherzigkeit und Beständigkeit überrascht hat; wir sagen: Beständigkeit, denn aus den Schlussworten erhellt, daß er noch heute an seinen damaligen Anschauungen festhält. Da ihm die „Vorschläge“ des „Volkstaat“ nicht gefallen, wird er hoffentlich die Güte haben, uns die „Vorschläge“ zu wissen zu thun, welche er selber zu machen hat. Vielleicht gelingt es dann unseren gemeinsamen Anstrengungen, „die letzten Konsequenzen des Freiheitsgedankens, wie der Communismus sie aufstellt, zu verwickeln.“ Indes, wie dem sei, wir nehmen den „Exkommunist“ zurück und haben es hinfüro nur zu thun mit dem Communist Biedermann.

— Zur Kohlestatistik. Das Leipziger „Tageblatt“ vom 24. d. enthält folgendes „Eingefand“, das unsere neuliche Notiz (in Nr. 82) recht drastisch bestätigt: „Fast jede Nr. des Tageblattes bringt jetzt wieder einmal

Nachrichten über in oder bei unserer Stadt vorgekommene Fälle von allerhand Kohheiten, Erzfessen, Flegelien u. dergl. und dabei leider oft auch von Persönlichkeiten ausgehend, die zu den gebildeten Ständen gerechnet sein wollen. Unser Strafgesetzbuch scheint für solche Fälle doch zu mild zu sein; als ein kleiner Faust, die oft wohl auch noch von den besser Situirten um Geld abgebußt werden kann, machen sich solche Menschen nicht viel. Vielleicht aber gibt es doch noch ein Mittel, um derartig Vorkommnisse wenigstens doch etwas einzuschränken! Wie wäre es wenn die öffentlichen Blätter sich nicht scheuten, bei der Berichterstattung über solche Dinge auch den Namen der Freoler mit zu nennen? Wer sich so weit vergessen kann, öffentlich seine Freideln neben ihm daher gehenden Mitmenschen zu insultiren oder zu maltrairiren, den darf es nicht wandern, oder vielmehr, dem geschähe nur sein Recht, wenn auch sein Name an die Öffentlichkeit gebracht wird, damit für künftig ruhige Menschen ihm aus dem Wege gehen können. In Fällen, wo politische Intervention oder gar gerichtliche Strafe, und sei sie an und für sich noch so gering eintritt, sollte wenigstens der Name des Thäters nie verschwiegen werden, und würde solches Vorgehen wohl auch vom gesetzlichen Standpunkt aus nicht anfechtbar sein. Sollte man gegen diese Vorschläge etwa einwenden, das wäre ja die alte Prangerstrafe in moderner Form wieder hergestellt, nun so möchte der Einsender darauf erwidern, daß gegen solche Menschen, die durch rohes, zehrendes, freches und gemeines Betragen die menschliche Würde und den menschlichen Anstand verletzten, und damit also bezeugen, daß sie Ehrgefühl nicht besitzen, bei der Bestrafung auf diese Ehrgefühl auch keine Rücksicht genommen zu werden braucht. Wer hat dürfte das Mittel jedenfalls sein; namentlich dürfte ein großer Theil der von den in einem früheren Auffag einmal sehr richtig bezeichneten „Flegeln in Glacéhandschuhen“ ausgeführten Gemeinheiten und Ungezogenheiten wegzfallen, da diese doch in der Regel in gesellschaftlichen Kreisen bewegen, in denen eine solche öffentliche Nennung ihres Namens nicht geduldet werden würde. Sie würden dann auch außer dieser Zeit auf sich achten und so doch zum Mindesten das erreicht sein, daß ein ehrbares Mädchen oder Frau auch im Dunkeln allein und unangefochten ihres Weges gehen kann.“

Den Commentar überlassen wir Herrn Hartort.

— Die englische Landarbeiterbewegung ist in eine Richtung eingetreten, von der nur Hilfames zu erwarten ist. Das thörichte Mißlingen des von der „Nationalen Landarbeitersocietät“ bezognenen und geleiteten Streites hat eine Erbitterung hervorgerufen, welche sich durch Harmonie- und Passionsgeschwäg nicht mehr beschwichtigen läßt. Selbst Arch wird mit fortgerissen. In interessant ist nachstehende Londoner Correspondenz der „Frankfurter Zeitung“:

„Die Stimmung der ausgeschlossenen (offiziell ist der Streik noch nicht beendet; aber bloß, weil die Farmer einen großen Theil der Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr in Arbeit nehmen wollen. No. d. B.) ländlichen Arbeiter und ihr Verhältnis zu den Pächtern und Gutbesitzern wird leider immer unfreundlicher und während bis jetzt die größte Mißgung in den Reden auf einer Wanderung begriffenen Arbeiter zu finden war, gab sich in einer großen in Speisfeld gehaltenen Rede Arch's bereits ein Ton kund, der sehr verschieden von dem früheren klingt. Nach der Rede der Redner auf die entwürdigende Bahn der Candidaten hingewiesen und insbesondere betont hatte, daß bloß die von den Gutsherren beeinflusste Gesetzgebung im Parlamente daran Schuld sei, erregte die Erzählung der folgenden Thatfache die größte Aufregung unter den zehntausend Arbeitern, die der Versammlung anwohnten. Arch versicherte nämlich, ein Mann, der sehr nahe der Krone stünde, hätte zu einem seiner Freunde in London gedröhert, er würde sich gar nichts daraus machen, diese ländlichen Arbeiter gerade so zusammen zu schießen, wie es in Indien gemacht habe. Ein wüster Schrei folgte diesen Worten, und man hörte die Andrufe „Nieder mit dem Völkerverbünd“ und „wir wollen die Mary Ann zu ihm schicken.“ Mary Ann ist bekanntlich der Spitzname für jene geheimnißvolle Macht, welche vor Jahren zur Zeit der Anfänge der Trade Union die Häuser und Werkstätten der Nichtverwandarbeiter beschädigte und zerstörte, und deren Thaten gleich den Urtheilen der Behördengerichte oder der Inquisition noch heute mit Schrecken von der Volks genannt werden. Arch fuhr sodann in seiner Rede fort und erklärte, bis jetzt habe er seinen Anhängern immer Mißgung angerathen, allein wenn solche Drohungen zu dem Urechte, daß sie zu leiden hätten, hinzugesetzt würden, dann würden die Arbeiter zeigen, daß englisches Blut in ihren Adern fließt, und daß sie zu Hause gerade so gut zu kämpfen verständen, wie sie bis jetzt in allen Welttheilen für England gekämpft hätten. Anstatt daß das Land mit Kohle bebaut wird, fuhr der Redner fort, um den Armen Nahrung zu verschaffen, dienen Hunderttausende von Aekern dazu, um für die Reichen Wild zu hegen, und man möge ihnen Communismuskonventionen vorwerfen oder nicht, nach seiner Ansicht gehörten die Früchte der Erde denjenigen, welche dieselbe bewohnten. Arch erzählte ferner, er habe einem der vom Volke erwählten Parlamentsmitglieder darüber Vorwürfe gemacht, daß von diesem keine Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Feldarbeiter im Hause vorgebracht würden, worauf ihm jener zur Antwort gegeben hätte, die Opposition im Parlamente gegen solche Anträge sei zu groß (sage er Arch) jedoch in Westminster, er würde die Frage der unbenutzten Ländereien vorbringen, und wenn alle Mitglieder des Parlamentes wie die Geier auf ihn losstürzen sollten.“

So weit der Correspondent der „Frankfurter Zeitung“. Was sieht, wie Recht wir hatten, als wir bereits vor Jahresfrist sagten, die Landarbeiterbewegung werde den Händen der jetzigen Führer entgleiten. Ob Arch ehlich ist oder nicht, wird sich nun bald entscheiden. Die Stunde der Prüfung naht, wo er Stellung zu nehmen hat, „hüben“ oder „drüben“; und wo kein Bischoff und kapitalistischer Arbeiterfreund durch eine philanthropische Paraphrase das „hüben“ und „drüben“ verbindet — wo Alles, was aus der heutigen Mißwirtschaft Vortheil zieht, in dräuender Schlachtordnung dem arbeitenden Volk gegenübersteht. Die ausgeschlossene Arbeiter bitteln das Land durchziehen lassen, wie es jetzt geschieht — denn der fog. Wander- oder Bilgerzug ist nicht anderes als ein Bettelzug — das zeugt weder von proletarischem Mannesstolz, noch von Verständniß des Ernstes der Sachlage.

— Die „Norddeutsche allgemeine Zeitung“ meldet die am 6. Juli durch die Rathskammer des Berliner Stadtgerichts erfolgte vorläufige Schließung des Allgemeinen deutschen Rauer- und Steinhauer-Vereins, „welcher nächst dem bereits geschlossenen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein der zahlreichste und letzterem sowohl als auch mit den in den Provinzen weiterverbreiteten Mitgliedschaften desselben in forlaufender Verbindung gewesen sei.“ (?)

Gewerkschaften.

Gewerkschaft der Manufaktur, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts.

Crimmitschau. An alle Vertrauensmänner, Gewerks- und Fachgenossen! Soweit allen Genossen bekannt sein wird, steht die Eröffnung der nächsten Reichstagsession bald bevor, in welcher die sog. „Novelle zur Gewerbeordnung“ zur Beratung bez. Beschlußfassung kommen wird. Ein jeder denkende Arbeiter wird wissen, inwiefern diese Vorlage, wenn sie zum Gesetz wird, den gerechten Ansprüchen und Forderungen der Arbeiter entspricht: Beschränkung der Coalitionsfreiheit, Bestrafung des sogenannten Vertragsbruchs, Forderung derjenigen durch massenweise Petitionen, in deren Interesse die Gewerbenovelle eingebracht worden ist. Es ist deshalb die Pflicht eines jeden denkenden und vorwärtsstrebenden Arbeiters, Protest gegen dieses, den Arbeitern nachtheilige Gesetz zu erheben, weshalb der Borort obengenannter Gewerkschaft alle Vertrauensmänner, Gewerks- und Fachgenossen auffordert, an allen Orten Versammlungen einzuberufen, nachstehende Resolution zu diskutieren, zur Annahme zu empfehlen und mit zahlreichen Unterschriften versehen an das Präsidium des Reichstags entweder direkt oder durch unsere Vermittlung gelangen zu lassen.

Resolution: Die heutige in (Det und Lokal) statt habende Versammlung, besucht von unterzeichneten Arbeitern, erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen die im Gesetzentwurf, betreffend einige Änderungen der Gewerbeordnung, vorgeschlagene Beschränkung des Coalitionsrechts, indem sie ferner die kriminelle Bestrafung des Vertragsbruchs, als ausschließlich gegen die Arbeiter gerichtet und mit dem Geiste einer gerechten Gesetzgebung unvereinbar, zurückweist; die Versammlung erklärt sich ferner gegen die vom Bundesrath vorgeschlagenen Gewerbegebühren, weil durch dieselben schon allein mit Rücksicht auf die Wahl der Beisitzer durch die Gemeindevertretungen, das Interesse der Arbeitsherrn bevorzugt, die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern von dem Gesetze verlehrt, überhaupt dem Zweck, unparteiische Richter zu schaffen, in keiner Weise genügt wird; schließlich protestirt die Versammlung gegen die in Petitionen von Fabrikherren und selbstständigen Gewerbetreibenden geforderte Einführung von Arbeitsbüchern als einen Versuch, den überwundenen Standpunkt künstlicher Gesetzmacherei wieder zu beleben.

Wir erwarten, daß sämtliche Genossen, wo es irgend möglich ist, obiger Aufforderung nachkommen werden.

J. A. des Bororts:
Karl Pöfer, Peterstr. 557 BB.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg. Da in Hamburg-Altona am 20. v. M. ein Arbeitsausfluß der Gesellen von Seiten der Bundesmeister erfolgt ist, so ersuchen wir alle Töpfer Deutschlands, den Bezug nach hier streng fernzuhalten, und nicht auf Annoncen zu achten, welche von den Meistern in anderen Zeitungen erlassen werden, in denen man den Gesellen den höchsten Lohn in Deutschland verspricht, um Arbeitskräfte nach hier heranzuziehen. Da es sich hier nicht um eine Lohn- oder Arbeitsfrage handelt, sondern um das Arbeits-Bureau, und da das Bestreben der Meister dahin geht, den Allgemeinen deutschen Töpferverein zu sprengen, um die Arbeiter wieder in das alte Joch der Knechtschaft zurückzuwerfen, um nach Belieben über die Arbeiter herrschen zu können, so ersuchen wir alle Kollegen und Berufsgenossen, und im Kampfe gegen die Arbeitgeber thätig beizutreten.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges zu veröffentlichen.
W. Schulz, Deo.

Verein der deutschen Steinmetzen.

Berlin, 23. Juli. Den Vereinsmitgliedern, sowie den übrigen Steinmetzen Deutschlands zur Nachricht, daß der unterm 10. v. M. angeordnete Arbeits-Ausfluß in Idrenbühren eingetreten ist. Auch in der Mitgliedschaft Raumburg a. S. ist der bis dato vorhandene Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von den ersten gestört worden, indem man den Kollegen trotz des im März 1873 vereinbarten Accords- und Lohn-Tarifs, nicht nur 50 Prozent weniger zahlen wollte, nein auch die Arbeitszeit soll um eine Stunde verlängert werden. Da jeder Schmeißversuch zurückgewiesen wurde, haben sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt, und haben die Bevollmächtigten dafür Sorge zu tragen, daß der Bezug kein bleibt.
Für den Ausschuß: A. Jabel.

Verein der Sattler und Verputzgenossen.

Berlin. In dem Bericht in Nr. 28 v. Bl. hat sich infolgedessen ein unliebsamer Fehler eingeschlichen, als Karlruhe und Roisdorf dort als neu eingetreten angeführt waren. Es soll aber heißen: als ausgetretene, eingegangene oder aufgelöste Mitgliedschaften sind zu verzeichnen Karlruhe und Roisdorf.

Mit Gruß
W. Wirths, Alexandrinenstraße 116.

Berlin. Es geht dem Vorstande unterm heutigen Datum die Mitteilung von unseren Bremer Vereinskollegen zu, daß daselbst eine Lohn- und Arbeitszeit-Differenz mit ihren Arbeitgebern ausgebrochen sei. Wir fordern deshalb alle Sattler und Tapezierer auf, bis auf Weiteres Besuchen zu meiden. Weiterer Bericht folgt später.
P. Straßer, Vorst., Marienstr. Nr. 7, Hof 2 Tr.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Biesbaden. Da unser Streik immer noch fortbauert und der Bezug nach hier keine Herabminderung erfahren hat, so ersuchen wir nochmals alle Kollegen und Parteigenossen dringend, für Hintertreibung der Zuwanderung Sorge zu tragen zu wollen.
J. A. H. Schäfer.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Berlin, 23. Juli. Kollegen allerorts! Die diesjährige Generalversammlung unserer Gewerkschaft findet laut Bekanntmachung des Ausschusses am 16., 17. und 18. August in Halle a. S. statt, und ist es Pflicht einer jeden einzelnen Mitgliedschaft, wenn irgend möglich, für ihre Vertretung durch Entsendung eines Delegirten zu sorgen, damit, wenn sich Mängel oder Fehler in unserer Organisation herausstellen sollten, von Allen die helfende und bessernde Hand zur Beseitigung der Uebelstände angelegt werden kann.

Kollegen! Bliden wir auf das vergangene Jahr zurück, so muß sich uns die Ueberzeugung aufdrängen, daß es jetzt nöthiger denn je ist, treu und fest zusammenzustehen. Auch dies Jahr ist nicht ohne Kampf für die Gewerkschaft gewesen, und noch manche Kämpfe stehen uns bevor, aber mit Gemuthigung können wir sagen: wir haben keine Niederlage erlitten, wir sind vielmehr aus jedem Kampfe als Sieger hervorgegangen. Unsere Organisation hat sich auch hier wieder als lebensfähig und jederzeit

kampfbereit bewährt. Wir dürfen uns hierdurch jedoch nicht in Sicherheit wiegen lassen, sondern wir müssen rüstig weiter arbeiten an der Ausbreitung der Gewerkschaft, und zwar um so rüstiger, je mehr die allgemeine Geschäftskrise sich auch in unserer Branche fühlbar macht. Die Krise, in unserem Geschäft hauptsächlich eine Folge der ungeheuren und unsinnigen Massen- und Ueberproduction, hat ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht und wird die größte, ja die ganze Last wieder wie gewöhnlich auf die breiten Schultern der Arbeiter gewälzt werden. Blidit um Euch! Unsere Arbeitgeber sind bereits über ganz Deutschlands gut gegen uns organisiert und sie werden, spekulierend auf den Hunger und die Noth der Arbeiter, die früher gemachten Zugeständnisse bald genug zurückziehen, um von ihrem Entbehrungslohn nichts einzubüßen. Theilweise ist dies ja schon geschehen.

An Euch, Ihr Tausende von Kollegen, die Ihr uns bis dahin fernstandet, die Ihr vielleicht schon durch Noth und Elend müde gemacht, in dumpfem Hiobtrüben verharret, an Euch ergeht zunächst unser Ruf: Erwacht! rüßt Euch auf aus Eurer Lethargie, laßt Euch ein Herz, wie es Männern geziemt, und tretet ein in unsern Bruderkampf. Dann wird es uns möglich sein, der Kapitalmacht die Stirn bieten zu können und den Sieg zu erringen. Denn ohne Kampf kein Sieg. Das nimmerfette, übermächtige Kapital, zieht es nicht von Tag zu Tag die um die Arbeiter geschlangenen Ketten fester an? Soll nicht der Arbeiter zum Sklaven, zum willenlosen Werkzeug, zur Maschine gemacht und jede seiner Geistesregung unterdrückt werden? Wird die Kapitalmacht nicht von der Gesetzgebung hierin redlich unterstützt, indem man den Arbeitern das kaum erst gegebene und sehr beschränkte Coalitionsrecht nehmen, und das sogenannte Vertragsbruchsgesetz einführen will?

Aber auch an Euch, Kollegen, die Ihr Euch zurückgezogen in den Schmollwinkel der Fach- oder Streikvereine, ergeht unser Mahnruf: Schließt Euch unserer Organisation, als der einzigen, die ihre Lebensfähigkeit bewiesen hat, an. Vereinigt sind wir Nichts! vereinigt Alles! Wir werden dann eine Achtung gebietende Stellung einnehmen, und unsere Arbeitgeber werden uns den Fehdehandschuh nicht so leicht hinwerfen, als wenn wir vereinzelt dastehen. Ihr alten Kampfgenossen von Köln, Mainz, Magdeburg, Dresden, Kassel wo steht Ihr? Auf nach Halle! tretet wieder ein in Reich und Glied, damit nicht unser so sehr gekundenes Geschäft noch mehr sinke. Hilft mit dahin wirken, daß man nicht mehr so viele bleiche Kammergerichten unter unsern Geschäftskollegen einherwanken sieht, Kandidaten der Schwindsucht, die Opfer der anstrengenden langen Arbeitszeit und der ungesunden Arbeitsräume.

Ihr aber, Brüder, die Ihr in unseren Reihen steht, die Ihr schon gekämpft und gelitten für das erhabene Ziel, was wir uns gesteckt, werdet nicht müde, wieder und immer wieder die Indifferenten aufzurütteln und fort und fort zu arbeiten für das Wohlbeyn der Gewerkschaft. Viele Tausende stehen noch außerhalb unserer Verbindung, sie müssen herangezogen werden, und das Borurtheil, welches man theilweise noch gegen uns hat, muß verbannt werden. In Eurer Hand liegt es, das Geschaffene zu erhalten und zu kräftigen.

Brüder! Thue Jeder seine Pflicht mit Freudigkeit, mit echtem Mannesmuthe, mit ganzer und voller Kraft, dann werden wir unserm Ziele immer näher kommen, das Morgenroth eines besseren Tages wird bald leuchten, und dann wird ertönen können der Ruf: Die Arbeit ist frei! sie ist erlöst aus den Keulen des nimmerfatten Kapitals.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag

J. A.: A. Wendt, Weinmeisterstr. 7.

Mürnberg, im Juli. (An alle Schneider Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz!) Kollegen! Da, soweit die Verbandsstatuten verlangt und uns überhaupt Adressen bekannt waren, allen Vereinen dieselben übersandt worden sind, so ist es an der Zeit, an die Urabstimmung zu gehen. Es werden deshalb alle Vereine ersucht, Versammlungen anzuberaumen, das Statut durchzuberathen und darüber abzustimmen. Insbesondere aber müssen wir bitten, das Statut genau zu prüfen und die etwa vorzuschlagenden Änderungen nach der Reihenfolge der Paragraphen genau formulirt und einzusenden. Als Schlußtermin ist der 25. August bestimmt, und müssen deshalb alle Abstimmungsergebnisse bis zu diesem Tage in unseren Händen sein. Sollten zu große Differenzen durch die Abstimmung sich ergeben, so würde es nothwendig sein, noch im Laufe dieses Sommers eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, auf welcher dann alle noch nicht erledigten Punkte zum endgültigen Austrage gebracht und zu gleicher Zeit für das nächstfolgende Geschäftsjahr der Borort und die Kontrollkommission gewählt werden können. Wir ersuchen deshalb alle Vereine, sich darüber zugleich schlüssig zu machen, ob eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden soll, oder ob die definitive Regelung der Verbandsstatuten-Commission überlassen bleiben soll. Sollte das Letztere der Fall sein, so müßten nach erfolgter Bekanntmachung des Resultates Vorschläge zur Wahl des Borortes und der Kontrollkommission gemacht werden, was ebenfalls dann nur durch Urabstimmung zum Abschluß gebracht werden kann. Zugleich fordern wir alle Vereine, welche noch kein Statut in Händen haben, dringend auf, sich der großen Sache anzuschließen und schleunigst ihre Adressen einzusenden.

Kollegen! die Zeit ist ernst, die Feinde, welche wir zu bekämpfen haben, sind stark und trachten ebenfalls darnach, sich fest zu organisiren, um jede freibeitliche Bestrebung unter uns, jede Regung nach Verbesserung unserer materiellen Lage schon im Keime ersticken zu können. Es ist deshalb Pflicht aller Arbeiter, einmüthig einzustehen zur Wahrung unserer gemeinschaftlichen Interessen. Thue Jeder seine Schuldigkeit voll und ganz, dann kann der Sieg nicht fehlen.
Mit Brudergruß
Für die Verbandsstatutenkommission:
J. Baumann, Oeiersberg Nr. 16, 3 Tr.

Correspondenzen.

Leipzig, 27. Juli. Wie uns soeben mitgetheilt wird, haben die Mitglieder des „Verbandes für Rauchwaaren-Industrie“ (Fabrikanten) mehr als 200 Kürschnergehilfen, wohnhaft in der Umgegend Leipzigs, deshalb aus der Arbeit entlassen, mit andern Worten aufs Pflaster geworfen, weil die Arbeiter sich weigerten, die ihnen von den Fabrikanten vorgelegten Fabrik-Devisen zu unterschreiben. Unter andern netten Bestimmungen ist in den Fabrik-Ordnungen die Verpflichtung für die Arbeiter enthalten, Arbeits-Controllbücher zu führen. — In nächster Nr. werden wir einen Auszug des Gehilfencomitè's bringen, nebst ausführlicher Darstellung des Sachverhaltes.

Berlin. (Erklärung.) In Nr. 2 der Oberwinder'schen „Zeit“, Organ für Sozialpolitik (Demokratie scheint der „modernen Staatsidee“ nicht zu entsprechen) finde ich folgende Correspondenz:
„Berlin, den 6. Juli. (Von einem Mitgliede der Eisenacher

Partei.) In der heut stattgefundenen geschlossenen Mitglieder-versammlung der Eisenacher sozialdemokratischen Partei wurde Dr. Theodor Stamm mit 57 Stimmen zum Delegirten für den Kongress gewählt. Der Vertrauensmann constatirte, daß die Mitgliederzahl in Berlin nach Maßgabe der abgeführten Beiträge zwischen 200 und 250 schwankt, und sonach 2 Delegirte zu wählen seien. Es wurde ein zweiter Delegirter gewählt, und zwar Auer, der bei der engeren Wahl mit Wegner siegte. Auer liebt die Blumenprache zu sehr und seine Declamationen führen ihn oft über das richtige Maß hinaus. Die Wahl des Dr. Stamm ist eben so sehr dessen Grundfäße, als der von den Arbeitern gegebene Achtung vor wissenschaftlichen Kapacitäten zuzuschreiben. Auch besitzt Stamm bei meisterhafter Dialektik eine feurige Beredsamkeit und versteht es, mit großem Geschick die aus Uebelwollen und Mißtrauen entspringende Opposition unschädlich zu machen. Interessant war die der Delegirtenwahl vorangegangene Discussion über die Programmfrage. Wille (ein Vorstandsmitglied des Bundesverbandes) gab den einleitenden Bericht. Wille ist eine bescheidene und höfliche Persönlichkeit. Er drückt sich klar und deutlich aus, obgleich er kein besonderes Redner-talent besitzt. Wille erklärte es für das Beste, das Programm in seiner jetzigen Form ganz fallen zu lassen, da es zu sehr der Mißdeutung ausgesetzt sei. Man müsse jetzt zu viel Zeit für die Abwehr falscher Interpretationen des Programmes verwenden, man solle denselben daher einen populären und politischen Inhalt geben. Es genüge, zu den Tagesfragen Stellung entsprechend den Parteiprinzipien zu nehmen. Auch könne man dem Programm einen solchen Umfang geben, daß es gleichzeitig alle Punkte erläutere. Die Versammlung sollte Herrn Wille keinen Beifall. Mehrere Stimmen erhoben sich gegen eine weitschweifige Motivirung des Programms. Dr. Stamm bemerkte, daß die Ausführungen des Wille alle Beachtung verdienen. Die meisten andern Redner, außer dem Apotheker Vogel, befürworteten den bekannten Brauer'schen Programmtrag. Die bezüglich des Grund und Bodens vorgeschlagenen Punkte fanden keinen Widerspruch. Nur Bernstein erklärte sich für die weiter gehenden Ansichten Geib's.

„Im Allgemeinen herrschte in den Debatten jene Berzeitelung der Zeit, jene Disziplinlosigkeit und Zerfahrenheit, die oft aus kleinlicher Animosität und Verbissenheit oder auch aus Eitelkeit hervorgehen. Auf dem Nebensächlichen und Unwesentlichen wird herumgeritten, und so kommt es, daß intelligente Arbeiter, die kaum für die Bewegung gewonnen sind, sich wieder mit Eitel abgeben. Man überzeuget weder durch die handwerksmäßige Herunterleierei von Dozimen und Ueberlieferungen, noch durch die Erzählungen französischer Revolutionsgeschichten. Es wäre besser, streng logisch die Kette der Bedingungen der Unfreiheit und des Elendes der Arbeitermassen bloßzulegen und das selbstthätige Erkennen zu wecken.“

„Ueber die Haltung der Kömlinge, die uns seit dem Auftreten Stamm's mehr oder weniger zahlreich besuchen, berichte ich demnächst.“

Soweit der Bericht. Den Parteigenossen ist bekannt, in welche Richtung (abgeschwächter Mar Fusch) Herr Oberwinder es verstanden hat, die ihm anhängenden Arbeiter zu leiten, es ist also nach meiner Ansicht höchst taktlos, einem derartigen und feindlichen Blatt einen Bericht über eine geschlossene Versammlung einzusenden; sind wir auch keine Geheimnisthümer, so weiß ich doch wirklich nicht, was ich sagen soll, wenn hier in der Manier eines belletristischen Wackweibes Personen und Verhandlungen durchgepraßelt werden. Außerdem unterschiebt der Korrespondent unserer Mitgliedschaft ganz wunderbare Dinge. Unsere Achtung vor wissenschaftlichen Kapacitäten ist gar nicht sehr groß, da wir sehr gut wissen, wie sehr oft nichts als Humbug dahinter steckt, und ist daher die Wahl Stamm's auf ganz andere Motive zurückzuführen. Dann klingt es fast lächerlich, wenn unsern Freunde Auer „blumenreiche Sprache“ und „Declamationen“ vorgeworfen werden; soweit ich Urtheile über Auer gehört habe und so wie ich ihn kenne, erfreut sich derselbe eher einer unverblühten und fernigen Ausdrucksweise, die freilich Manchem nicht angenehm sein mag; Wille mag sich über das Lob „höflich und bescheiden“ selbst aussprechen. Schließlich protestire ich entschieden gegen das Urtheil über den Verlauf unserer Verhandlungen. In geschlossenen Versammlungen werden überall persönliche Streitigkeiten abgehandelt und darin macht auch Berlin keine Ausnahme. Vorträge über geschichtliche Ereignisse, wie den Pariser Junikampf, die Commune u. s. w. sind, namentlich wie sie in Berlin gehalten worden, nicht nur belehrend, sondern auch überzeugend, andererseits schließt der Rath, „lieber die Kette der Bedingungen der Unfreiheit und des Elendes der Arbeitermassen bloßzulegen und das selbstthätige Erkennen zu wecken“, entschieden eine Verläumdung ein, indem das „Parteimitglied“, und dadurch des nichtgenügenden Betonens jener Fragen begünstigt, ein Borwurf, den Berlin am allerwenigsten verdient hat.

Ich schließe hiermit, indem ich mir weitere Schritte vorbehalte.
Ed. Bernstein.

Eisenach. Wenn es früher nicht unsere Absicht war, die Spalten des „Volkstaat“ für Festberichte zu beanspruchen, so sehen wir uns doch nachträglich noch genöthigt, etwas über das hiesige Arbeiterfest zu berichten, zumal in gegnerischen Blättern viele Unwahrheiten und entstellte Thatsachen enthalten sind. Nachdem schon seit geraumer Zeit das Fest in Anregung gebracht, war man allseitig gespannt, wie ein solches Fest, zumal das erste in Eisenach, verlaufen würde. Schon im Voraus war eine sehr rege Theilnehmung unter den Arbeitern Eisenachs bemerkbar, denn mit Fahnen und Musik durch die Stadt zu ziehen hat für Viele eine Anziehungskraft, und Liebkecht sollte ja die Festrede halten. Alles ist im besten Gange, an einem Seligen des Festes nicht mehr zu zweifeln, da glaubt die Eisenacher Polizei sich auch ihre Vorbeeren dabei verdienen zu müssen und stiebert nach Hochverrath oder etwas Aehnlichem, aber nichts ist zu entdecken. Doch halt — es erscheint auf einmal ein rothfarbnes Blatt Papier in der Form eines Festprogramms, auf der Rückseite das bekannte Lied: „Wer schafft das Gold zu Tage u.“ Auf diesem Blättchen fehlt der Name des Druckers und Verlegers, da muß das Preßgesetz helfen. Der Vorsigende des Arbeiterfestes, Giffen, wird, weil er Ausländer (Giffen stammt aus der Residenz Berlin) ist, sofort in Haft genommen und die übrigen Comitèmitglieder sämtlich auf die Polizei geladen. Hier wird ihnen eröffnet, daß das Tragen der rothen Schärpen und Fahnen bis auf weitere Notice verboten sei, auch der Festzug durch die Stadt nicht stattfinden dürfe, wenn bis morgen, Sonntag früh 10 Uhr, kein anderer Bescheid erfolge. Festzug und Rede unter freiem Himmel waren nach Gesetzes-Beschluß angemeldet und genehmigt. Die Arbeiter Eisenachs harreten jedoch ruhig der Dinge, die da noch kommen sollten. Sonntag früh mit dem ersten Zug kamen schon Gäste aus Gotha, die meisten waren zurückgeblieben, um mit dem nächsten Zug, in welchem sie Liebkecht vermuteten, zu fahren. Ein großer Theil Eisenacher Parteigenossen begab sich zu dessen Empfang nach dem Bahnhof.

Doch o Wunder, Kopf an Kopf stehen hier schon Arbeiter wie Spießbürger, um die Ankunft Liebknecht's abzuwarten. Wenn es vergönnt war etwas über die Menschenmenge hinweg zu sehen, der konnte an die Duzend Gendarmen-Helme erblicken, nicht allein die der Stadt Eisenach, sondern auch diejenigen von verschiedenen Weiten im Umkreis. Der Polizei-Inspektor in eigener Person ist anwesend und hier wird den Comitemitgliedern eröffnet, der Festzug sowie das Tragen der rothen Schärpen und der rothen Fahne des Eisenacher Maurergewerks sei gestattet, das Tragen der beiden rothen Fahnen von Coburg und Gotha jedoch verboten. Von Coburg kam leider Niemand, die Gothaer jedoch, welche zu etlichen 60 Mann sammt ihrer rothen Fahne angefahren kamen, mußten diese der Stadt Eisenach verberberbringende Fahne im Inspektionsgebäude des Bahnhofs niederlegen. Leider brachten sie den erwarteten Liebknecht nicht mit, und da wir ganz ohne Nachricht waren, glaubte man, denselben immer noch erwarten zu müssen, jedoch vergebens. Nachträglich erfuhren wir, daß die Briefe, worin sein Nichterscheinen gemeldet wurde, zu Giffen ins Gefängniß gewandert sind. Hat nun die Polizei geglaubt, und mit diesem Griff ein Schnippchen schlagen zu wollen, so hatte sie sich geirrt. Das Fest, vom schönsten Wetter begünstigt, war dadurch noch etwas imposanter und schöner geworden, und der Festplatz vermochte kaum sämtliche Theilnehmer zu fassen. Unter abwechselndem Concert, Neben und Deklamationen von verschiedenen Parteigenossen ist das Fest mit einer solchen Ruhe und Würde verlaufen, wie es Arbeiterfesten ziemt. Nicht eines einzigen Wortes der Aufforderung zur Ruhe hat es bedurft, sondern ein Jeder war sich seiner Pflicht bewußt. (Das Comité zur Errichtung eines Kriegedenkmals, dessen Enthüllung auf den 24. Juli festgesetzt ist, fordert in der „Eisenacher Zeitung“ nun schon zu wiederholten Malen das geehrte Publikum auf, während der Feier und besonders während der Rede und des Gesanges doch ja die größte Ruhe zu bewahren. Sind unter dem geehrten Publikum wohl auch Arbeiter gemeint?) Wie nicht anders zu erwarten, war die heilige Hermandad auch auf dem Festplatz vertreten, und hatte man nebenbei das Militär in hiesiger Caserne konfirmirt und mit Patronen versehen. Wie grauig mag wohl den armen Spießbürgern geworden sein? Sehr bemerkenswerth ist noch, daß auf Ansuchen der Eisenacher Parteigenossen denselben von Seiten des Gemeinderaths und Untersuchungsrichters versprochen wurde, Giffen würde gegen 100 Thlr. Caution auf freien Fuß gesetzt. Die 100 Thlr. waren denn auch bald zur Hand und nachdem der hiermit Beauftragte von Pontio zu Pilatus gelaufen, erfährt er endlich, daß ein Sozialdemokrat theurer ist als 100 Thlr., denn die Herren verlangten nach 3 Tagen 300 Thlr. Wie viel werden sie wohl verlangen, wenn ihnen 300 Thlr. geboten werden? Um die übrigen Comitemitglieder nicht ganz leer ausgehen zu lassen, hat man Untersuchung gegen dieselben eingeleitet, indem sie gegen die §§ 110, 111 und 130 des Reichsstrafgesetzbuches verstoßen haben sollen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen werden wir seiner Zeit berichten.

Wie ein einfaches Arbeiterfest doch die Gemüther in Bewegung setzen kann!

Mannheim, 24. Juni. (Unliebsam verspätet.) Am Sonntag, den 21. Juni, hatte hieselbst der mittelhessische Arbeitertag statt. Es waren vertreten die Orte: Straßburg, Kaiserlautern, Heidelberg, Pforzheim, Worms, Bensheim, Edenkoben, Mannheim. Erschienen war auch Auer. Nach Eröffnung des Arbeitertages durch Ehrhardt wurde zur Bureauwahl geschritten und wurden gewählt Schmidt-Bensheim zum 1. Vors., Seiler-Kaiserlautern zum 2. Vors., Ehrhardt-Mannheim zum 1. Schriftführer und Jung-Straßburg zum 2. Schriftführer. Das alte Bezirksagitations-Comité erstattete alsdann durch Ehrhardt Bericht über seine Thätigkeit im verfloffenen Jahre. Es wurde gerügt, daß die im vorigen Jahre hier vertretenen Orte ihre Schuldigkeit nicht gethan hätten, ja sogar an sie ergangene Briefe und Anfragen unbeantwortet gelassen hätten, und doch sehe Jeder die Wichtigkeit der Agitation in unserm Bezirke ein. Es wurde noch konstatiert, daß Mannheim seine Schuldigkeit unter bedeutenden Opfern gethan hätte. In Bezug auf die Agitation war man der Ansicht, daß dieselbe eine planmäßige sein müsse, wolle man anders nicht an Terrain verlieren. Es wurde ein Agitationsplan des hiesigen Comité's angenommen, nach welchem der Agitationsbezirk die folgenden Länder und Kreise umfaßt: Baden, die Pfalz, den Wormser Wahlkreis, die Bergstraße und das Elsaß. Von dem Mainzer Bezirke, weil zu entfernt, wurde Umgang genommen. In Bezug auf die Presse wurde der „Volkstaat“ in erster Linie für die allgemeinen und die „Süddeutsche Volksstimme“ für die lokalen, mehr die Landarbeiter berührenden Angelegenheiten zu Organen gewählt. Zum Sitz des Agitationscomité's wurde wiederum Mannheim gewählt. Mindestens einmal im Jahre findet ein Arbeitertag für den Mittelrhein statt.

Nachmittags fand eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genossen Schmidt und Bierwirth präsidirten. Ueber den ersten Punkt, „die bürgerliche Demokratie und unsere Bestrebungen,“ referirte Jung aus Straßburg, obwohl nicht vorbereitet, unter Beifall. Den 2. Punkt, „die Gewerkschaftsbewegung,“ erledigte Auer in meisterhafter Weise, ebenso wurden die Ausführungen Lödenbergs zu diesem Punkte mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Den dritten Punkt, „die Organisation und Agitation,“ erledigten Ehrhardt und Schmidt. Nachdem noch eine vorgeschriebene Sammlung 12 fl. ergeben, wurde die Volksversammlung geschlossen.

Abends fand eine gemüthliche Unterhaltung statt, bei welcher Gelegenheit der Wunsch ausgesprochen wurde, daß die Vertreter der Umgebung ihres heutigen Versprechens gedenken und zum nächsten Arbeitertag bessere Resultate vorzulegen sollten.

Ehrhardt, Schriftf.

NB. Da sich nunmehr das Agitationscomité konstituirte hat, so ersuchen wir alle diejenigen Parteigenossen oder Abonnenten des „Volkstaat“ in obigem Bezirke, denen noch kein näherer Bericht zugegangen, uns ihre Adresse zugeben zu lassen.

München, 19. Juli. Der heutige „Zeitgeist“ enthält Folgendes: „An das arbeitende Volk in München! Der am 20. v. Mts. begonnene Bierstreik ist von dem weitaus größten Theile der Arbeiter und, wir sagen das mit Befriedigung hinzu, einem erheblichen Theile der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes in München mit der größten Ausdauer während voller 28 Tage durchgeführt worden.

Das Resultat des Kampfes ist augenblicklich folgendes: wir haben den Voratz der Brüder und Wirthe, den Bierpreis in nächster Zeit noch höher hinaufzuschrauben, vollständig zu Schanden gemacht; wir haben ferner so viel Bierwirthschaften zur Ermäßigung des Bierpreises gezwungen, daß jetzt jeder Arbeiter in jedem Theile der Stadt den Liter Bier zu 8 kr. kaufen kann.

Unsere Absicht, auch die Großbräuer zu einer Herabminderung ihrer Preise zu zwingen, ist vorläufig nicht durchführbar, da die für das Sängerkorps getroffenen Veranstaltungen gerade denjenigen Bräuern, welche das schlechteste Produkt liefern und darum den

geringsten Absatz zu erwarten hätten, die ziemlich sichere Aussicht auf einen Massenerwerb ihrer Vorräthe verschafft haben.

Die augenblickliche Undurchführbarkeit dieser unserer Absicht ändert an der Thatsache unseres Sieges gar nichts, es verbleibt nur die Niederlage von den Schultern der Großproduzenten, denen sie anfänglich zugebacht war, auf die der Händler, welche sie in nicht viel geringerem Maße als jene verdient haben.

Der Sieg ist also unser! Es handelt sich nur mehr darum, ihn nach Kräften auszunutzen und seine Vortheile unseren Händen nicht entfließen zu lassen.

Die Bierwirthschaften, welche auf die Preisherabsetzung nicht eingegangen sind, dürfen nie mehr dasselbe gute Geschäft machen, wie es vor dem Strike der Fall war — dafür müssen die Arbeiter Sorge tragen. Wo und wann es nur irgend einzurichten ist — und das wird immer möglich sein — muß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin ihren Bierbedarf aus einer Wirthschaft beziehen, die sich zu der Preiserminderung verstanden hat. Die Hoffnung der halsstarrigen Wirthe, sie würden nach Beendigung des Bierstrikes wieder den früheren Absatz erzielen, soll eine eitle bleiben — damit kann unser Sieg auch in Zukunft beständig an Umfang zunehmen!

Das unterzeichnete Comité hält seine Aufgabe übrigens nicht für erledigt; es wird zunächst in den während der kommenden Wochen abzuhaltenden Volksversammlungen die Niederlegung eines permanenten Comité's beantragen, welches zu Gunsten des arbeitenden Volkes eine Verminderung der Preise aller Lebensmittel unangefangt anstreben soll. Der Kampfplatz wird also erweitert — der Kampf selbst so lange nicht eingestellt, so lange eine schamlose Ausbeutung die weiten Geldsäcke der Produzenten und Händler füllt.

Darum ist unsere Losung: Einigkeit — und unser Feldgeschrei: Raslos vorwärts!

Das Comité:
Adelmann, M. Beyer, Edl. Geiser, Jäger.
Kiefer, Kraußmair, Münsterer, Dehne, Probstl.
Rid. Rottmann, Rupprecht, Schweighardt.
Bogt, Ziegler.

Biesbaden, 18. Juli. Freitag, den 17. Juli, war Gerichtsverhandlung über Parteigenosse Kaufmann. Derselbe soll sich gegen 4 §§ vergangen haben, wofür der Staatsanwalt (Müller ist sein Name) 6 Monate Gefängniß beantragte, jedoch die Richter erkannten auf 4 Monate sowie auf die Kosten. Und so ist der Staat auf 5 Monate gerettet, denn Kaufmann hatte vor einigen Wochen schon 1 Monat erhalten. Kaufmann hat gegen beide Erkenntnisse Berufung eingelegt, auch ist er wieder auf freien Fuß gesetzt. Als Curiosum ist noch zu berichten, daß man Kaufmann eine Brille, die er schwacher Augen halber trägt, in der Untersuchungshaft abnahm, damit er wahrcheinlich die Stäbe mit dem Glas nicht durcharbeiten oder sonst ein Unglück anstellen kann. Auch wurde Kaufmann nach des Staatsanwalts Aussage deshalb sofort verhaftet, weil letztere Zeit vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein 3 Mann entflohen wären.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Wilhelm Kramer, Vertrauensmann.

Seesen, 22. Juli. In einer am 16. d. M. hier abgehaltenen Volksversammlung referirte C. Wode aus Verden in klarer gediegener Weise über den „Sozialismus und seine Endziele.“ Er zeigte, wie nach dem Verfall der Fünfte durch den Aufschwung des Großbetriebes die Umgestaltung der heutigen Produktionsweise im Sinne des Sozialismus durchaus naturgemäß sei, und daß die Hindernisse, welche man den sozialistischen Bestrebungen in so reichem Maße in den Weg lege, dieselben nur um so mehr kräftigen müßten. Unter dem „Theilen“, das von unsern Segnern so gern als Stichblatt benutzt werde, habe man sich weiter nichts zu denken, als die durch eine auf gesunder Grundlage beruhende Entwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände bedingte Regelung resp. Ausgleichung der Besitzverhältnisse. Wode legte es Allen ans Herz, bemüht zu sein, die Bildung, welche der arbeitenden Klasse so gelassenlich vorenthalten werde, sich selbst anzueignen und auch so viel als möglich Andern mitzutheilen. Nachdem der Redner noch vor allem Jwist innerhalb der sozialistischen Parteien gewarnt hatte, ward die Versammlung geschlossen. Unverkennbar war, daß die trefflichen Ausführungen Wode's auf die Anwesenden, welche sämmtlich dem Vortrage bis zum Schlusse mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten, ihren Eindruck nicht verfehlten.

Wir erhielten folgende Zuschrift:
„Ich ersuche hiermit die Wohlwollende Redaction des in Leipzig erscheinenden „Volkstaat“ auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes um Ausnahme folgender Berichtigung in die Nr. 84 des „Volkstaat“ und zwar ohne Einschaltungen oder Weglassungen, wie es das Gesetz vorschreibt.

In Nr. 83 des „Volkstaat“ erzählt ein Artikel unter „Berlin“ angebliche Vorgänge aus dem Berliner Arbeiterverein. Ich will diesmal ausnahmsweise meinen Namen zu einer Berichtigung hergeben, obgleich ich seit Jahren den Grundsatz festgehalten habe, die mich und meine Partei ehrenden Angriffe der sozialdemokratischen Presse nicht zu beantworten und die richtige Würdigung dieser Angriffe der allerdings geringen Anzahl von bewußten und verständigen Sozialisten zu überlassen. Im Eingang des erwähnten Artikels wird auf meine Anwesenheit bei der Eröffnung der „Flora“ hingewiesen. Nun gibt es wohl nichts Einfacheres, als daß der Redacteur der Charlottenburger Zeitung (ich redigire seit beinahe 3 Jahren die dortige, entschieden fortschrittliche „Neue Zeit“) bei Eröffnung des großartigen Etablissements der „Flora“, welches eine Zierde der Stadt Charlottenburg ist (die Art der Gründung der „Flora“ geht die Stadt Charlottenburg und deren Vertreter absolut Nichts an), als Vertreter der Charlottenburger Presse erscheint, und wenn er dazu aufgefordert wird, auch einen passenden Trinkspruch ausbringt. (Beiläufig bemerkt, habe ich die Sozialdemokraten in diesem Trinkspruch nicht erwähnt, wie ein hirnverbrannter Reporter der guten „Frankfurterin“ phantastirt hat.) Die Vorgänge im Berliner Arbeiterverein sind, offenbar von dem Sozialdemokraten Gorn, im Parteinteresse falsch dargestellt worden. Herr Wobbschall, dessen Auslieferung wegen unparlamentarischen Betragens und wegen widerrechtlicher Zurückbehaltung von Vereinstassengeldern (die er später allerdings abgeführt hat) wiederholt beantragt wurde, war gar nicht mehr Vereinstmitglied, als er den famosen Brief einsandte. Denn er hatte 3 Monate lang die Beiträge zu bezahlen vergessen und war deshalb statutenmäßig schon am 1. Juli als ausgeschieden zu betrachten. Ich tabelte darum den Vorsitzenden, Herrn Krebs, weil er den Brief eines Nichtmitgliedes habe verlesen lassen. Herr Krebs hat nicht erklärt, daß er, oder ich, aus dem Vorstande scheiden müßten; im Gegentheil warf mir Herr Krebs in der darauf folgenden Vorstandssitzung mit vollem Recht vor, ich hätte dem völlig bedeutungslosen Briefe Wobbschalls, den kein Vereinstmitglied beachtet habe, erst durch meinen Angriff zu einer Art von Bedeutung verholfen. Die Herren Wobbschall und Gorn können es mir einmal nicht ver-

zeihen, daß ich ihr ungeschicktes Eintreten für die Sozialdemokratie oft unter dem Beifall des Vereins ins Lächerliche gezogen habe. Mein Streit mit Herrn Krebs liegt außerhalb des Vereins. (Herr Krebs ist nämlich ein ebenso entschiedener Gegner der Gewerkschaften wie der Sozialdemokraten.) Uebrigens will ich noch recht lange zum Leidwesen der Sozialdemokraten als Vorstandsmitglied des Berliner Arbeitervereins anhalten.

Berlin, den 19. Juli 1874.
Rathan Schlesinger, Redacteur.

(Wir sind überzeugt, unsere Leser werden uns danken, daß wir ihnen den Genuß dieser erheitenden Epistel verschafft. An dem Wunsche des Hrn. Rathan Schlesinger, im Berliner Arbeiterverein „anzuhalten“, zweifeln wir nicht im Mindesten; die Frage ist, wie lange der Berliner Arbeiterverein den Hrn. Rathan Schlesinger „anzuhalten“ wird. Und das ist des Berliner Arbeitervereins Sache. Red. d. B.)

Briefkasten
der Redaktion. Bod in Gotha: Der Jorda'sche Antrag ward abgelehnt; für Gewerkschaftsrechnungen ist nichts zu zahlen. — J. Auer: Aus taktischen Gründen muß alles vermieden werden, was die glückliche im Erlöschen begriffene Flamme der Freitragt von neuem anzufachen könnte. Aus diesem Grunde hat der Rothstift auch dieses Mal „eine Rolle spielen“ müssen. — Numme in Braunschweig: Für diese Nummer zu spät eingetroffen.

der Expedition. Fr. Ouhl Berlin: die Annonc. für Febr. sind noch nicht bezahlt. — C. Ehrhart Mannheim: 50 Stk. per Paket. — Monatslich. — Ist in Ordnung. — E. Brümmer Breslau: die Expl. kommen Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Mittag zur Post. — G. Eberlein Merano: die bestellten Schriften kosten 2 Thlr. 7 Gr. 5 Pf., welchen Betrag Sie uns einsenden wollen, da poste restante auf Postvorschuß wir nicht versenden. — K. Schmit Dresden: Ihre bestellten Schriften kosten 12 Gr., wollen Sie freundlichst den Betrag in Briefmarken einsenden.

Anzeigen etc.

Mugsburg Samstag, den 1. August: Parteiverammlung. T.-D.: Berichterstattung des Delegirten Tauscher über den Parteicongress. J. Enders.

Berlin Donnerstag den 30. Juli, Abends halb 9 Uhr: Prinzenstraße 72, Cafe Carus, Geschlossene Mitgliederversammlung. Tages-Ordnung: 1) Congressbericht. — 2) Vorschlag eines Vertrauensmannes. — 3) Vorschlag zweier Revisoren. J. A. C. Henke.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, d. 30. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale des Eldorado. — Tag.-Ordn.: Soz.-pol. Wochenbericht. Ref. Kanert. Diskussion über Punkt 6 des Programms: Disjunktiver Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Donnerstag, den 6. August, Abends 8 Uhr:
Ordentliche Generalversammlung.
1) Kassendbericht. — 2) Wahl des Vorstandes und der Revisoren. — 3) Vereinsangelegenheiten. Zutritt nur gegen Vorzeigung der Karte. Präsenzliste liegt auf.
Anträge, Beschwerden etc. kommen laut § 12 des Statuts nur zur Erledigung, wenn selbe bis längstens Mittwoch, den 29. d. Mts. schriftlich oder mündlich dem Vorstand mitgeteilt worden sind. Der Obige.

Leipzig und Umgegend Sonntag, den 2. August, Vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
sämmlicher Kärstnergehäfen im „Eldorado“, Pfaffenbofenerstraße. Tagesordnung: Organisation sämmtlicher Collegen. Referent Ramm. J. A.: Fr. Dertel.

Leipzig Arbeiter-Bildungs-Verein. Heute Mittwoch, Vortrag von Hrn. Liebknecht. D. B.

Leipzig und Umgegend.
Sonntag, den 2. August 1874:
Internationaler Spaziergang nach Enthra
Abmarsch punkt 1 Uhr in Seisenhainers Restauration zu Lindemann. Zahlreiche Theilnahme erwarten. Die Zugführer: Abmarsch in Schleißig 1/2 Uhr. Abmarsch in Groß-Bischdors von Donaths Restauration punkt 2 Uhr.

19. Sächsischer Wahlbezirk.
Am 1., 2. und 3. August und am 9. und 10. August beabsichtige ich mich den Wählern des 19. Wahlbezirks in Aue, Eßnig, Stollberg, Geier und Hornersdorf vorzustellen. Die nöthigen Anordnungen überlasse ich den Parteigenossen.
Leipzig, den 26. Juli 1874. W. Liebknecht.

Um gelegentliche Mittheilung von Adressen antiquarischer Buchhandlungen in Deutschland, Dänemark sowie Oesterreich und der Schweiz deutschen Theils, an die Expedition wird freundlichst gebeten.

Meinem Freunde Jacques Tournier ein 3maliges donnerndes Hoch zu seinem Namensfeste.
M. i. G.

Steckbrief.

Ludwig Gehring, früher Disaloffier in Bielefeld, hat unsern Verein eine bedeutende Summe entwendet und ist darauf flüchtig geworden. Die Anzeige bei der königlichen Staatsanwaltschaft ist bereits gemacht. Um diesen Betrüger an seinen Mitarbeitern ausfindig machen zu können, ersuchen wir unsere Collegen in Deutschland, Holland, Belgien, England, Dänemark, Schweden, der Schweiz und Amerika, auf denselben ihr Augenmerk zu richten, und, falls er irgendwo betroffen wird, ungesäumt an uns zu berichten und, dafern er im Bereich der deutschen Polizei anhaltend ist, den Betrüger der Polizei zu denunciren.

Alle Arbeiterzeitungen und Vorstände von Arbeitervereinen werden freundlichst gebeten, diesem Steckbrief die weiteste Verbreitung zu verschaffen, denn die Verfolgung solcher Schurken sind wir Alle gleich interessiert. Signalement: Gehring ist alt: 25 bis 26 Jahre; Größe: 5 Fuß 6 Zoll; Haare: dunkelblond; Augen: braun; Gesicht: länglich; Nase: gebogen; Statur schlank; besondere Kennzeichen: eine Narbe am Kinn. Es wird vermuthet, daß Gehring sich in Schleswig-Holstein aufhält; wir geben dies als besonderen Fingerzeig, bitten aber, dadurch an anderen Orten sich betheiligen zu lassen und trotzdem eifrig nach dem Genannten zu forschen.

Mit genossenschaftlichem Gruß
Für den Verwaltungsrath des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins:
F. W. Frischke, Geschäftsführer.

Zur Beachtung.

Dieserigen Ferial-Expeditionen etc., welche vom Leipziger Hochvertragsproceß noch Lieferung 4 und 5 auf Lager haben, werden dringend ersucht, sofort dieselben uns zuzusenden.

Die Expedition des „Volkstaat“.
Leipzig: Benannt. Redacteur: M. Pfeiffer. (Redaktion und Expedition Feinestr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.